

Globalisierung

Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität

Vortrag

**Ministerpräsident a.D. Dr. Bernhard Vogel
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung**

New Delhi, 31. Januar 2005

Die Folgen von Globalisierung zu analysieren und Konzepte vorzulegen, wie damit umzugehen ist, gehört zu den Kernaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dies gilt besonders für die internationale Zusammenarbeit, weil die Auswirkungen von Globalisierungsprozessen grenzübergreifend sind. Sie wirken sich auf die internationalen Beziehungen ebenso aus wie auf Fragen der Weltwirtschaft, der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit, der Wissensvermittlung und der weltweiten Kooperationsmöglichkeiten.

Anliegen und Ziele der Stiftung im Umgang mit den Folgen der Globalisierung waren Thema einer Grundsatzrede, die der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, am 31. Januar 2005 in New Delhi hielt. Vor Vertretern der indischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik lag sein Augenmerk vor allem auf den Auswirkungen von Globalisierung in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Bernhard Vogel ging auf die unterschiedlichen Voraussetzungen und

Bedingungen ein, von denen es abhängt, ob die Menschen in diesen Ländern eher zu den Verlierern von Globalisierungsprozessen zählen oder ob sie die Chance haben, davon zu profitieren.

Indien kommt bei diesen Fragen eine besondere Bedeutung zu. Als regionale Großmacht, mit einer weitgehend liberalisierten Marktwirtschaft und einer stabilen funktionierenden Demokratie findet es weltweit zunehmende Beachtung. Das Land wirkt mit an der Gestaltung der politischen Ordnung in Asien und der Formulierung internationaler Normen. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist Indien ein Schwerpunktland, auf dessen Stabilität, dessen kreative Politikgestaltung und dessen Beiträge zu einer globalen Ordnungspolitik wir große Hoffnungen setzen.

Zur Person:

Professor Dr. Bernhard Vogel ist Ministerpräsident a. D. von Thüringen und Vorsitzender der Konrad Adenauer Stiftung.

© 2005, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Germany.

Herstellung: Druckerei Paffenholz, Bornheim

Globalisierung

Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität

Vortrag

Ministerpräsident a.D. Dr. Bernhard Vogel
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

New Delhi, 31. Januar 2005

In den letzten fünfzehn Jahren hat der Begriff der Globalisierung mehr und mehr in die politischen und wirtschaftlichen Diskussionen in aller Welt Eingang gefunden. Heute ist er weithin zum beherrschenden Schlagwort geworden. An der Bewertung der Globalisierung und ihrer Folgen scheiden sich die Geister. Den einen ist sie ein unabänderliches Faktum. Von anderen wird sie als große geschichtliche Chance zur Überwindung von Mangel und Not bezeichnet. Wiederrum anderen erscheint sie als Ausbund der Ungerechtigkeit der heutigen Weltordnung. Was beinhaltet dieser Begriff denn im Kern, was steht im Zentrum des so genannten Globalisierungsprozesses?

Globalisierung ist ein Phänomen, so alt wie der Handel selbst: Sie bedeutet im Kern, dass die Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital über Grenzen hinweg zunimmt und dass in einem Prozess zunehmender internationaler Integration die Welt wirtschaftlich zusammenwächst.

Es ist richtig, dass in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts

der Prozess der Globalisierung sich massiv verstärkt hat. Treibende Kraft war die Deregulierung und Liberalisierung von Güter- und Finanzmärkten in vielen Volkswirtschaften und ihre Öffnung gegenüber internationaler Konkurrenz, verbunden mit dem Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen. Auch die Öffnung der früheren COMECON-Länder zur Weltwirtschaft nach dem Jahr 1989 spielt hier eine Rolle. Sie hat zu einer wesentlichen Erweiterung der Zahl der Länder geführt, die am internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen, Kapital und Arbeit in nennenswertem Umfang teilnehmen. Gleiches gilt übrigens auch für viele Entwicklungs- und Schwellenländer, die nach zum Teil bitteren Erfahrungen mit wirtschaftlicher Abschottung und Importsubstitutionspolitik ihre Volkswirtschaften inzwischen geöffnet haben.

Es gibt aber noch andere, wichtige Gründe, warum der Globalisierungsprozess gerade heute so sehr in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist. Dies sind vor allem:

- die enormen technischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte im Bereich des Transportes von Waren und Personen;
- die noch weitaus dramatischeren Entwicklungen der Kommunikationstechnologien und die dadurch heute möglichen weltweiten Angebote zahlreicher Dienstleistungen;
- die derzeit sehr großen Unterschiede in den Entwicklungsstandards von Wirtschafts- und Produktionsstrukturen und von Kostenstrukturen zwischen den entwickelten Industrieländern und einem Teil der so genannten Entwicklungsländer;
- der inzwischen erreichte Grad der Arbeitsproduktivität.

All das bewirkt, dass in der Tat von diesem Prozess ein gewaltiger Druck auf die Veränderung existierender Strukturen ausgeht – in Industrieländern wie in den so genannten Schwellen- und Entwicklungsländern. Diesen Druck spüren die Regierungen gleichermaßen wie die Unternehmen, die Bauern und die Arbeitnehmer. Im Mittelpunkt der Globalisierungsdebatte und der gegensätzlichen Bewertungen steht deshalb auch nicht so sehr der eigentliche Globalisierungsprozess. Die Auseinandersetzung konzentriert sich auf die Folgen, die sich aus dem Globalisierungsprozess für die Volkswirtschaften und die Menschen in den einzelnen Ländern ergeben.

In aller Regel birgt Strukturwandel die Chance zur höheren Wertschöpfung. Das

gilt vor allem auch dann, wenn er sich aus dem Auftreten einer größeren Zahl von Anbietern auf einem Markt ergibt, wie es bei der Intensivierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen der Fall ist. Das Angebot von Gütern und Dienstleistungen wächst, die Qualität steigt, die Preise sinken – so jedenfalls im Modell.

Folgen der Globalisierung

Im Prinzip ist es unbestritten, dass das allgemeine Wohlfahrtsniveau in der Welt gesteigert werden kann, wenn sich Unternehmen und Menschen in den einzelnen Ländern auf die Produktion und Bereitstellung von solchen Gütern und Dienstleistungen konzentrieren, bei denen sie vergleichsweise günstige Kostenstrukturen haben und in einem System des freien Austauschs dann diejenigen Güter und Dienstleistungen, bei denen sie ungünstige Kostenstrukturen haben, von Anbietern aus anderen Ländern erwerben. Ebenso unbestritten ist es aber auch, dass es im Strukturwandel immer Gewinner und Verlierer gibt. Zu den Verlierern gehören die unflexiblen und immobilen Faktoren, also vor allem die gering qualifizierte Arbeit; zu den Gewinnern gehören die mobilen Faktoren, also vor allem Kapital und hoch qualifizierte Arbeit, die sich veränderten Gegebenheiten besser anpassen können.

Unbestritten ist ferner, dass der gewaltige Druck, der vom gegenwärtigen Tempo und Ausmaß des Globalisierungsprozesses auf den Wandel der wirtschaftlichen Strukturen in allen beteiligten Ländern

ausgeht, auch gesellschaftliche und politische Folgen hat, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Vor allem gilt es, die Verlierer im Strukturwandel aufzufangen und ihnen eine menschenwürdige Zukunftsperspektive zu geben. Dafür sprechen nicht nur das Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch sehr eigennützige Beweggründe der Entscheidungsträger und Globalisierungsgewinner in den jeweiligen Ländern: Es geht auch darum, die ökonomische und politische Stabilität eines Landes als Voraussetzung für die Nutzung von Globalisierungsgewinnen nicht zu gefährden.

Wer sind die eigentlichen Nutznießer der Globalisierung? Ich widerspreche der weit verbreiteten Ansicht, dass es vor allem die Industrieländer sind, die vom Globalisierungsprozess profitieren, und vor allem die Entwicklungsländer, die zu den Verlierern des Globalisierungsprozesses gehören. Die Zahlen der Weltbank sprechen eine andere Sprache. Der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel hat sich von 19 % im Jahr 1971 auf 29 % im Jahr 1999 deutlich verstärkt. Und dabei hat die Ausfuhr von Fertigungsgütern aus Entwicklungsländern in dieser Zeit signifikant zugenommen, während die Ausfuhr von Primärgütern anteilig zurückgegangen ist. Das reale Pro-Kopf-Einkommen in den neunziger Jahren ist in Entwicklungsländern ohne Teilnahme an der Globalisierung um 1,4 % pro Jahr gewachsen, in den Industrieländern um 2,2 % und in den Entwicklungsländern mit Teilnahme am Globalisierungsprozess um 5 %.

Den Industrieländern hat der Prozess der Globalisierung zunächst fast ausschließlich Vorteile gebracht. Im Zuge der Öffnung von Märkten in Entwicklungs- und Schwellenländern und der allmählich dort steigenden Kaufkraft haben der Export von hoch entwickelten Gütern und Dienstleistungen sowie die Möglichkeit des Imports von sehr preisgünstigen Primärprodukten zu enormen Wohlstandszuwächsen geführt. Gut qualifizierte Arbeitskräfte, funktionierende Verwaltungs- und Rechtsordnungen sowie die gut ausgebaute Infrastruktur waren und sind positive Standortfaktoren, die die Nachteile hoher Kosten in den meisten Branchen überwogen.

Aber mit der intensiveren Handelszusammenarbeit und dem steigenden Strom von Investitionskapital in Schwellen- und Entwicklungsländer hat dort eine Entwicklung eingesetzt, die kostengünstigere Konkurrenten zu den Herstellern und Anbietern in Industriestaaten entstehen lässt. Während es zunächst fast nur Billigprodukte am unteren Ende der Qualitätsskala waren, die in den Nischen der Industrieländermärkte auftauchten, erobern sich inzwischen auch Produkte und Dienstleistungen mittlerer Qualität aus Schwellen- und Entwicklungsländern breite Marktsegmente in den Industrieländern. Die Folgen für uns sind massive Arbeitsplatzverluste als Folge von Unternehmensschließungen oder Auslagerungen von Produktion und Dienstleistungen in kostengünstigere Standorte. Schmerzhafte Anpassungsprozesse vollziehen sich in den Unter-

nehmen wie auch in öffentlichen Haushalten und sozialen Sicherungssystemen. Ein Ende ist nicht abzusehen. Gefährdet sind nicht nur Arbeitszeiten, Lohn- und Gehaltsniveaus, sondern auch Sozial- und Umweltstandards, die sich in den Unternehmen als Kostenfaktoren auswirken.

Folgen in den Entwicklungs- und Schwellenländern

In den Entwicklungs- und Schwellenländern verschwanden zwar mit der Öffnung für Produkte und Dienstleistungen aus den Industrieländern auch traditionelle Fertigungsweisen und Dienstleistungsformen – verbunden mit entsprechenden Arbeitsplatzverlusten. Parallel dazu haben aber die privaten Kapitalströme in die Entwicklungsländer vor allem seit den neunziger Jahren deutlich zugenommen. Direktinvestitionen sind zur wichtigsten Kategorie geworden, vor der öffentlichen Entwicklungshilfe. Durch den damit verbundenen Technologietransfer konnten in zahlreichen Ländern Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Allerdings können viele private Investitionen auch schnell wieder abgezogen werden. Wenn viele Kapitalgeber gleichzeitig diese Option wählen, können Finanzkrisen in den Entwicklungsländern die Folge sein – mit Ansteigungstendenz, wie wir mehrfach gesehen haben.

Abgeschottete Länder stehen nicht in der Gefahr, von solchen Krisen angesteckt zu werden, weil sie erst gar keine Kapital-

ströme aus dem Ausland erreichen. Aber damit entgehen ihnen natürlich auch die positiven Entwicklungswirkungen von Auslandsinvestitionen. Bei den stark in den Globalisierungsprozess einbezogenen Schwellen- und Entwicklungsländern wirkt sich falsche nationale Politik dagegen besonders fatal aus. Eine falsche Wirtschaftspolitik verursacht Kapitalabflüsse, die im Falle der Eskalation einer Krise zunächst makroökonomische, dann aber auch gesellschaftliche und politisch destabilisierende Wirkungen nach sich ziehen können.

Noch drei weitere Risiken des rasanten Globalisierungsprozesses lassen sich in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern beobachten: Das Tempo der Modernisierung und des Strukturwandels überfordert vielfach das Anpassungsvermögen der Familien und der Gesellschaften. Mit dem Wegfall traditioneller Erwerbsmöglichkeiten wird Mobilität, die Migration zu den neuen Arbeitsplätzen, zur Voraussetzung des Überlebens. Dabei gehen die traditionellen Lebensformen und Werte, aber auch die bestehenden Sicherungen innerhalb der Familie und der nachbarschaftlichen Strukturen verloren. Tiefe Verunsicherung und Orientierungslosigkeit bei den Betroffenen, Sprachlosigkeit zwischen ihnen und der noch in traditionellen Bindungen lebenden Elterngeneration und Verwahrlosungen bei den Kindern dieser Migrantengeneration sind die Folge. Diese Kinder erhalten von ihren Eltern oft weder Betreuung noch Hilfe zum Verstehen der Welt, in der sie aufwachsen. Ein Nährbo-

den für Kriminalität und Gewaltbereitschaft entsteht. Prediger von politischen Heilslehren oder fundamentalistischen Religionsauslegungen haben leichtes Spiel, sich ihre Gefolgschaften unter den jungen Menschen zu werben.

Das zweite Risiko der Globalisierung besteht darin, dass potentiell durchaus wettbewerbsfähige Wirtschaftsbereiche in diesen Ländern durch die Plötzlichkeit des Globalisierungsprozesses und fehlende Vorbereitung darauf überrollt werden und verschwinden. Damit geht die Chance verloren, dass Menschen und Unternehmen im jeweiligen Land die für sie durchaus vorhandenen Chancen der Globalisierung nutzen können. Ein positives Beispiel ist das Königreich Kambodscha, dessen Regierung als erste unter den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt erfolgreich die Mitgliedschaft in der WTO ausgehandelt hat und seit einigen Jahren systematisch versucht, den Außenhandel zu liberalisieren.

Das dritte, weltweit zu beobachtende Risiko der Globalisierung besteht darin, dass durch Unzufriedenheit und manchmal sogar gewaltsamen Widerstand der Verlierer im Globalisierungsprozess der soziale Frieden und die politische Stabilität eines Landes gefährdet werden. Auch in den Ländern, die sich makroökonomisch als Gewinner der Globalisierung sehen, werden oft keine politischen Mechanismen entwickelt und umgesetzt, die den Verlierern eine menschenwürdige Zukunftsperspektive geben. Ohne mir anmaßen zu wollen, die gesellschaftliche

und politische Situation in Indien im Einzelnen zu kennen, so scheint es doch, dass dieser Faktor bei den letzten nationalen Wahlen in Indien eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt hat. Es ist für die Stabilität eines Landes ganz entscheidend, dass die Menschen, das Ventil demokratischer Wahlen haben und sich nicht zu gewaltsamen Aktionen gezwungen sehen, um eine bessere Beachtung ihrer Interessen zu erzwingen.

Machtpositionen im Globalisierungsprozess

Erlauben Sie mir nun einige Anmerkungen zu der viel diskutierten Frage der unterschiedlichen Machtpositionen, die Industrieländer und Entwicklungsländer in den Globalisierungsprozess einbringen können. In der Tat hängt ein wesentlicher Teil der Vorwürfe, die die Gegner des Globalisierungsprozesses und des freien Welthandels formulieren, mit diesen Machtpositionen zusammen. Dem Entwicklungsland wird von der internationalen Gemeinschaft, von seinen Verhandlungspartnern in Welthandelsorganisation, Weltbank und Internationalem Währungsfond gesagt, dass es die für seine Entwicklung dringend benötigten Kredite und die oft noch dringender benötigten Quoten für die Lieferung seiner Produkte in den amerikanischen oder europäischen Markt nur bekommt, wenn es tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse in anderen Bereichen abbaut. Nehmen wir das Beispiel der indischen Milchwirtschaft, die in den letzten Jahrzehnten überaus erfolgreich – übrigens mit euro-

päischer Unterstützung – aufgebaut worden ist und die Existenzgrundlage für viele zehntausend Familien bildet. Indien schützt sie vor der billigeren europäischen Milch auf dem Weltmarkt durch Importbeschränkungen. Hier lautet nun die Forderung, im Zuge der stärkeren Integration Indiens in den Welthandel, die wegen der steigenden Industrieproduktion des Landes ein wichtiges Anliegen der indischen Politik und der indischen Wirtschaft ist, diese Importbeschränkungen bei Milch und Milchprodukten aufzuheben. Wer aber auf der anderen Seite das komplexe System der direkten und indirekten Subventionen der europäischen Bauern und damit auch der europäischen Milchwirtschaft in der EU anspricht, dem wird entgegnet, hier handele es sich um die Kompensation von wichtigen Gruppen der europäischen Bevölkerung, die durch den raschen Strukturwandel der letzten Jahrzehnte besonders betroffen gewesen seien, außerdem sei die Erhaltung der Landwirtschaft in der EU auch aus übergeordneten politischen Erwägungen heraus notwendig.

Bei diesem und bei vielen anderen Beispielen wird klar, dass in der Tat die Vereinigten Staaten von Amerika, die Europäische Union, Japan und andere westliche Industrieländer im Globalisierungsprozess ihre wirtschaftliche und politische Macht ins Spiel bringen, was dazu führt, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Die großen Schwellenländer wie China, Indien oder auch Brasilien mögen sich aufgrund ihres politischen und inzwischen auch wirtschaftlichen

Gewichts dagegen wehren können, nicht aber kleinere und ärmere Entwicklungsländer. Die negativen Folgen, die sich daraus ergeben, sind oft größer als die Hilfen, die sie von den Industrieländern im Rahmen der Entwicklungskooperation erhalten. Aber das sind nicht Folgen des Globalisierungsprozesses, sondern Folgen eines durch Machtvorsprünge einzelner Staaten verfälschten, ungerechten und unvollkommenen Verlaufs der Globalisierung.

Eine der Folgen der Globalisierung, die ich bislang nur indirekt angesprochen habe, ist die Schwächung des Einflusses der nationalen Regierungen auf die Gestaltung des rechtlichen und politischen Rahmens, in dem sich das Wirtschaften in ihrem jeweiligen Land abspielt. Die immer stärkere Einbeziehung der Unternehmen und wirtschaftlichen Aktivitäten in regionale und globale Märkte schwächt die Souveränität der Nationalstaaten, z.B. durch Verringerung der Einflussmöglichkeiten nationaler Konjunkturpolitik, durch zunehmenden Wettbewerbsdruck auf nationale Steuersysteme, durch Druck auf den Sozialstaat, auf seine Sozial- und Umweltstandards; und vor allem durch den Zwang, sich internationalen Regelungen und Vereinbarungen zu unterwerfen, auf die nur begrenzt Einfluss genommen werden kann. Während aber die Entscheidungsgremien des Nationalstaates – in Europa ebenso wie hier in Indien – demokratisch legitimiert sind und im Rahmen demokratischer Wahlen den Bürgern rechenschaftspflichtig bleiben, fehlt es bislang an einer Institutionalisierung rechenschaftspflichtiger

demokratischer Legitimität auf internationaler Ebene. Das provoziert geradezu die Forderung nach einer globalen Ordnungspolitik und einer Formulierung der grundlegenden Wertpositionen, die dieser globalen Ordnungspolitik zugrunde liegen sollen. Der Verzicht darauf würde bedeuten, die Regeln, die weltweit über den Erfolg des Wirtschaftens von Menschen und Unternehmen entscheiden, der Beliebigkeit offener oder verdeckter Machtpositionen und intransparenter technischer Mechanismen zu überlassen.

Der deutsche Erfahrungshintergrund

Als wir in Deutschland 1945 nach dem totalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des Nazi-Regimes gezwungen waren, sehr bewusste Entscheidungen zu den Grundregeln zu treffen, nach denen wir unser Wirtschafts- und Sozialsystem wieder aufbauen wollten, haben wir uns für ein System entschieden, das wir „Soziale Marktwirtschaft“ nennen. Die Wertpositionen, die diesem System zugrunde liegen, finden sich mehr oder weniger offen auch in den meisten anderen europäischen Wirtschafts- und Sozialsystemen. Sie haben im Prozess des Zusammenwachsens unserer Volkswirtschaften in der Europäischen Union immanent die Richtung bestimmt und finden sich in wesentlichen Formulierungen des neuen europäischen Verfassungsentwurfs.

Entwickelt wurde die Soziale Marktwirtschaft von Prof. Ludwig Erhard, dem ers-

ten deutschen Wirtschaftsminister nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, auf der Grundlage der Arbeiten der so genannten „ordoliberalen Schule“ um Prof. Walter Eucken. Im Mittelpunkt dieser Überlegungen stand die Erkenntnis, dass der Marktmechanismus als Ordnungsprinzip in großen modernen Gesellschaften unverzichtbar ist. „Die Soziale Marktwirtschaft“ schreibt Prof. Müller-Armack, der zeitweilige Staatssekretär Erhards, in einer Bilanz 1972, „beruht auf der Einsicht, dass die großen Massengesellschaften, in denen wir leben, ohne die Kraft des Wettbewerbs und ohne das Steuerungselement des Marktes nicht auszukommen vermögen.“ Nur in einem Marktsystem kann sich das Wirtschaften des Einzelnen ohne äußeren Zwang in ein geordnetes Wirtschaften der gesamten jeweiligen Gesellschaft zu deren Nutzen einfügen. Nur in einem solchen System führt die Förderung und Belohnung der schöpferischen und ergebnisorientierten Arbeit der einzelnen zu einer hohen Produktivität der ganzen Volkswirtschaft, die es erlaubt, genug Mittel für ein menschenwürdiges Leben aller zu erwirtschaften. Der Markt ist also kein Zweck, aber unverzichtbares Mittel. Oberstes Ziel ist die Entfaltung eines menschenwürdigen Lebens für alle. Diesem Ziel dient der Markt. Er funktioniert aber nicht aus sich alleine, sondern nur mit einem starken Staat, der den Marktmechanismus und einen fairen, produktiven Wettbewerb gegen Verzerrungen durch Machteinflüsse schützt. Und der Markt führt auch nicht automatisch zum Ziel eines menschenwürdigen Lebens al-

ler Mitglieder einer Gesellschaft. Die zweite Aufgabe der staatlichen Autorität – neben dem Schutz des Marktmechanismus – ist die Umverteilung der durch den Marktmechanismus verursachten Einkommensergebnisse nach sozialen Kriterien.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die wesentlichen Einsichten, die der Ordnungspolitik der „Soziale Marktwirtschaft“ zugrunde liegen, uns auch bei dem Bemühen um eine globale Ordnungspolitik im Prozess der Globalisierung leiten können. Wir brauchen eine Internationale Soziale Marktwirtschaft mit dem Ziel der Schaffung von äußeren Bedingungen, die jedem Menschen eine Chance auf die Entfaltung seiner produktiven Möglichkeiten und auf ein menschenwürdiges Leben geben. Kernelemente, des Ordnungsrahmens in einer globalen Wirtschaft, sind die vollständige Durchsetzung und der Schutz der Freiheit der internationalen Märkte, der Schutz von Mindeststandards im Prozess des Wirtschaftens, und zwar sozialen Mindeststandard und Standards zum Schutz unserer natürlichen Umwelt, sowie eine soziale Mindestabsicherung der weniger leistungsfähigen Mitglieder der Gesellschaft und der zeitweiligen Verlierer im Strukturwandel, der durch die Globalisierung vorangetrieben wird.

Forderungen an die Gestaltung der Globalisierung

Aus dieser grundsätzlichen Position ergeben sich nach meinem Verständnis konkrete Forderungen an die Gestaltung

des Globalisierungsprozesses. Sechs Forderungen erscheinen mir besonders wichtig:

(1) Eine ununterbrochene „Globalisierung“ ist, das zeigt die Erfahrung, keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Wenn den Auswirkungen der Globalisierung nicht verantwortlich und kreativ begegnet wird, ist eine Abkehr von ihr durchaus eine realistische Möglichkeit. Angesichts der großen Chancen, die der Prozess der Globalisierung aber gerade den wenig entwickelten Ländern der Welt bietet, sollten wir alles daran setzen, ihn nicht zu blockieren, sondern durch kluge und verantwortliche Steuerung zum Nutzen der Menschen zu fördern.

(2) In den Industrieländern müssen wir versuchen, die Einsicht der Menschen in den Sinn dieses Prozesses und in die von ihnen geforderten Anpassungsleistungen zu fördern. Ein Blockieren des Globalisierungsprozesses durch Rückfall in protektionistische Praktiken oder Verfestigung noch bestehender protektionistischer Regelungen seitens der Industrieländer würde kurz- und mittelfristig zwar wahrscheinlich den dort erreichten Wohlstand stabilisieren, längerfristig aber unweigerlich zu katastrophalen Auseinandersetzungen mit den erstarkenden Schwellen- und Entwicklungsländern führen. Auf jeden Fall würde es die Bemühungen um die Einigung aller Völker auf ethische Mindeststandards zunichte machen. Blanker Egoismus würde nicht nur unsere Werte (Menschenrechte, Demokratie, soziale Gerechtigkeit,

keit) unglaublich machen, sondern steht im krassen Gegensatz zu unseren langfristigen Interessen. Die von den Menschen in den Industrieländern verlangten Anpassungsleistungen als Folge des globalisierten Wettbewerbs mögen zeitweise auch Einschränkungen im Wohlstandsniveau einschließen. Hauptsächlich werden sie aber in der Verlängerung und stärkeren Flexibilisierung von Arbeitszeiten, in der Übernahme von mehr Verantwortung und Risiko auch bezüglich des Erfolgs ihrer Wirtschaftstätigkeit und in der Bereitschaft zu lebenslangem Lernen und größerer Mobilität liegen.

(3) Die Verantwortlichen in den so genannten Entwicklungsländern sind aufgerufen, die Chancen, die sich Ihnen durch den Globalisierungsprozess bieten, nicht durch Korruption, durch Mangel an guter Regierungsführung, fehlende Rechtsstaatsentwicklung und Verweigerung von Partizipation für die Bevölkerung zu blockieren. Gleichzeitig liegt es in der Verantwortung der reicheren Industrieländer und der internationalen Organisationen, diesen Ländern zu helfen, mit einer am jeweiligen Entwicklungsstand ausgerichteten Strategie behutsam den Weg zur Integration ihrer Wirtschaften in die Weltwirtschaft zu finden. Die Entwicklungszusammenarbeit ist gefordert, die Bemühungen um Rechtsstaatlichkeit und Good Governance zu stützen und dabei behilflich zu sein, die Rahmenbedingungen und Strukturen des jeweiligen Landes in einer Übergangsphase so zu entwickeln, dass potentielle Kostenvorteile sich im Aufbau

international wettbewerbsfähiger Strukturen materialisieren.

(4) Die Reaktion auf nachteilige Folgen der Globalisierung für einzelne Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftszweige sollte – in Industrieländern wie auch in Entwicklungsländern – nicht hauptsächlich defensiv oder kompensatorisch erfolgen. Es muss alles getan werden, um den betroffenen Menschen – und Unternehmen – durch Qualifizierungsangebote, Förderung von Flexibilisierung und Diversifizierung produktive Alternativen zu eröffnen. Auch hierbei brauchen vor allem ärmere Entwicklungsländer die Hilfe der Industrieländer und internationalen Organisationen. Trotz solcher Bemühungen wird es beachtliche Teile der Bevölkerung geben, die auch mittelfristig zu den Verlierern in den durch die Globalisierung ausgelösten oder beschleunigten Strukturveränderungen zählen. Sie dürfen nicht ins Nichts fallen. In den Entwicklungsländern muss im Rahmen der Entwicklungskooperation Rat und Unterstützung beim raschen Aufbau sozialer Sicherungssysteme geleistet werden. Eine zentrale Komponente der Entwicklungsstrategie der jeweiligen Regierungen und der Entwicklungskooperation mit diesen Ländern muss darin bestehen, die teilweise sehr großen Armutspopulationen in den Genuss der fördernden Hilfen kommen zu lassen und sie auch dort, wo dies nicht möglich ist, mindestens so zu unterstützen, dass ihre Situation sich nicht noch weiter verschlechtert.

(5) In einer am Wohl der Menschen orientierten Gestaltung der Globalisierungsprozesse kann es nicht sinnvoll sein, dass Sozialstandards und Umweltstandards, die in den wohlhabenderen Industrieländern seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt worden sind, jetzt grundsätzlich wieder in Frage gestellt werden. Ebenso wenig wird es aber auch möglich sein, diese Standards eins zu eins innerhalb kürzester Zeit in den Entwicklungsländern und Schwellenländern einzuführen. So bleibt es wichtig, mit Augenmass darauf zu achten, dass im Prozess der stärkeren Einbeziehung von Entwicklungsländern in den Welthandel zumindest massive Verletzungen und Gefährdungen der menschlichen Unversehrtheit und Zerstörungen oder Belastungen der natürlichen Umwelt vermieden oder abgestellt werden. Ein Prozess der Annäherung an entsprechende Standards in den Industrieländern muss in Gang kommen. Zu Spannungen kommt es dabei sowohl in den Industrieländern, deren Sozial- und Umweltstandards als Kostenfaktoren im internationalen Wettbewerb zu Arbeitsplatzverlusten führen, als auch in den Entwicklungsländern, in denen Menschen zu recht bessere Arbeitsbedingungen, besseren Umweltschutz und höhere Sozialstandards fordern, damit aber den Prozess der Entstehung von Arbeit und Einkommen in ihren Ländern verlangsamen. – Diese Spannungen müssen ausgehalten und von den Verantwortlichen behutsam und unter Einbeziehung der betroffenen Menschen moderiert werden.

(6) Das Messen mit zweierlei Maß bei der Integration von Ländern und nationalen Märkten in den Weltmarkt muss so rasch wie möglich beendet werden. Die westlichen Industrieländer müssen – wenn sie den Globalisierungsprozess nicht desavouieren oder gar gefährden wollen – Pläne mit konkreten Zeitvorgaben vorlegen, wie sie die Unterstützung der bei ihnen von den negativen Folgen der Globalisierung betroffenen Unternehmen und Menschen so umgestalten wollen, dass Produkte und Dienstleistungen aus Entwicklungsländern dadurch nicht weiter auf den Weltmärkten benachteiligt oder beim Zugang zu den Märkten der Industrieländer behindert werden.

Kein Land der Welt wird in der Lage sein, die Grundlagen einer globalen Ordnungspolitik zur verantwortlichen Gestaltung des laufenden Globalisierungsprozesses alleine durchzusetzen. Wir brauchen hierfür die Kooperation der großen Länder und Staatengruppen der Welt. Es ist kein Zufall, dass ich meine Überlegungen und Vorschläge für dieses zentrale Zukunftsthema gerade Ihnen heute hier vortrage. Indien ist die bevölkerungsreichste Demokratie der Welt, ein Land mit einer unglaublich reichen religiösen Tradition, es ist Gewinner der Globalisierung und doch auch in Teilen der Bevölkerung von negativen Folgen der Globalisierung hart betroffen. Ich glaube, dass Indien eine Vorreiterrolle beim Werben und bei den konkreten Bemühungen um eine globale Ordnungspolitik einnehmen sollte. Und wir, in Deutschland, in Europa, möchten Ihnen hierzu eine strategische

Partnerschaft vorschlagen. Das ist die erklärte Absicht der deutschen Bundesregierung ebenso wie der Europäischen Union. Ich glaube, dass es eine breite gemeinsame Grundlage für eine solche Partnerschaft gibt.


Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte ihre guten Dienste anbieten, um eine solche europäisch-indische Partnerschaft mit Leben zu erfüllen. Im vergangenen Monat haben wir ein neues Projekt begonnen, das den Titel „Globale Ordnungspolitik“ trägt. Nach der Anfangsphase wollen wir in diesem Projekt eine Partnerschaft mit einem der großen Schwellenländer der Welt beginnen und den Schwerpunkt der konzeptionellen Arbeit und Veranstaltungen des Projektes in dieses Land verlagern. Mein Vorschlag ist, dass wir das Projekt schwerpunktmäßig hier in Indien durchführen, in enger Kooperation mit indischen Einrichtungen, Organisationen und Persönlichkeiten. Indien hat in den vergangenen Jahren beeindruckende Erfolge in seiner wirtschaftlichen Entwicklung erzielt. Weltweit gilt es als einer der Gewinner der Globalisierung. Gleichzeitig hat sich aber – gerade nach den letzten Parlamentswahlen – ebenso die Debatte über die sozialen und politischen Folgen der Globalisierung intensiviert, die auch in Deutschland zunehmend die Öffentlichkeit beschäftigt. Wir möchten dies zum Anlass nehmen, gemeinsam einen Dialog über die Globalisierung und ihre Folgen zu führen.

Ein wichtiges Buch von Amartya Sen, dem aus Indien stammenden Nobelpreis-

träger für Ökonomie, heißt in der deutschen Übersetzung „Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft“. Genau das ist es, was wir zum Kern einer globalen Ordnungspolitik machen möchten.

Vor wenigen Wochen hat der amerikanische Präsident Bush in seiner Antrittsrede zur zweiten Amtsperiode die Vision der Freiheit beschworen und zur Leitidee seiner Politik erklärt. Dem stimmen wir auch in Europa zu. Ohne Freiheit keine Menschenwürde, ohne Freiheit kein Frieden. Wir wissen auch, dass Freiheit manchmal mit Waffen verteidigt oder erkämpft werden muss. Aber der Kern der Freiheit des Menschen liegt in seiner Fähigkeit zu produktivem, schöpferischem Tun in der Gemeinschaft. Lassen Sie mich zum Schluss den französischen Schriftsteller Antoine de Saint-Exupery zitieren, der im Kampf um die Freiheit Europas gegen die Tyrannei Hitlers 1944 gefallen ist. In seinem nachgelassenen Werk „Citadelle“ schreibt er: „Sie verdarben am Trugbild eines Glückes, das sie aus ihren Besitztümern gewannen. Während doch das Glück nur auf der Glut der Taten und der Befriedigung über die schöpferische Leistung beruht. Alle, die nichts Eigenes mehr austauschen, die ihre Nahrung von anderen empfangen – mag sie noch so fein und auserlesen sein... sie alle binden sich selbst an der Raufe ihres Stalles fest und sind reif für die Sklaverei, da sie sich mit dem Dasein des Herdenviehs begnügen.“

Weltweit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass immer mehr Menschen, in



allen Ländern und Bevölkerungsschichten, die notwendige Freiheit und Strukturen für produktive Arbeit finden, Arbeit, die ihnen ihre Würde gibt und der Gemeinschaft dient: das ist unsere Vision für eine globale Ordnungspolitik, für die wir uns eine europäisch-indische Partnerschaft wünschen.